

Hubertus Bardt



Wettbewerb!

Ein Plädoyer
für die wettbewerbliche
Marktwirtschaft

SACHBUCH

 Springer

Wettbewerb!

Hubertus Bardt

Wettbewerb!

Ein Plädoyer für die
wettbewerbliche
Marktwirtschaft



Springer

Hubertus Bardt
Institut der deutschen Wirtschaft
Köln, Deutschland

ISBN 978-3-658-39730-2 ISBN 978-3-658-39731-9 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-39731-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Isabella Hanser

Springer ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

1	Wettbewerb hat Gegner	1
2	Wettbewerb macht Stress	21
3	Wettbewerb schafft Wohlstand	39
4	Wettbewerb nützt Verbrauchern	55
5	Wettbewerb birgt Chancen	71
6	Wettbewerb begrenzt Macht	87
7	Wettbewerb erzeugt Sicherheit	101
8	Wettbewerb schont Ressourcen	115
9	Wettbewerb bringt Neues	131

VI	Inhaltsverzeichnis	
10	Wettbewerb braucht Schutz	147
11	Wettbewerb erfordert Regeln	163
12	Wettbewerb bedeutet Freiheit	179
	Weiterführende Literatur	195



1

Wettbewerb hat Gegner

Wettbewerb und neuer Liberalismus

Warum ein Buch über Wettbewerb? Was soll überhaupt Wettbewerb? Wettbewerb ist alltäglich, meistens nützlich, manchmal interessant und oft – lästig. Wir alle kennen das Prinzip spätestens seit dem Sportunterricht in der Schule. Schnell laufen, hoch springen, weit werfen – klare Regeln, messbare Ergebnisse und die besten bekommen Ehren- oder Siegerurkunden. Die einen freuen sich und bringen stolz ihre Urkunden nach Hause. Für sie ist Wettbewerb rundum positiv besetzt. Die anderen sind eher enttäuscht, vielleicht frustriert und können dem Wettbewerbsprinzip nicht viel Gutes abgewinnen. Auch im realen Leben ist Wettbewerb mit Freude und Leid verbunden. Erfolgreiche Unternehmen erwirtschaften Einkommen für Ihre Anteilseigner und Kreditgeber, aber auch für Beschäftigte, Lieferanten und die regionale Wirtschaft. Der Erfolg von Biontech im Wettlauf um einen Corona-Impfstoff zeigt, wie besondere Leistungen und Innovationen belohnt

werden können. Aber neben den Erfolgsgeschichten gibt es auch Härten: Insolvente Firmen, geschlossene Standorte, verlorene Jobperspektiven. Und es gibt Probleme: Vom Klimaschutz bis zu sozialen Missständen. All das verschwindet nicht von alleine oder durch staatliche Anordnung. Wettbewerb ist Teil oder Kern der Lösung.

Gewinner und Verlierer, objektive Schiedsrichter und eindeutige Regeln. So sieht geplanter und organisierter Wettbewerb im Sport aus. Der weniger vorab planbare und damit kreativere wirtschaftliche Wettbewerb, bei dem es nicht nur um größtmögliche Leistung innerhalb gegebener Regeln, sondern vor allem auch um Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft geht, ist aber anders. Auch hier gibt es Anstrengungen und Härten. Auch hier gibt es Gewinner und Verlierer – zumindest relative Verlierer. Aber eine wettbewerbliche Marktwirtschaft ist kein Nullsummenspiel. Bei der Fußball-WM geht in den Play-Offs nach jedem Spiel ein Gewinner- und ein Verliererteam vom Platz. Das Spiel, das die einen gewinnen, verlieren die anderen. Es kann nur einen geben, der am Ende den Pokal in die Höhe hält. Im wirtschaftlichen Wettbewerb der Ideen geht es nicht um starre Regeln, sondern um besseren Ressourceneinsatz, bessere Befriedigung der Kundenbedürfnisse, neue Produkte und Märkte mit neuen Geschäftsmodellen und neuen Regeln. Am Ende soll hier nicht nur ein Gewinner stehen. Es gibt auch gar kein Ende, sondern immer weitergehende Anstrengungen auf der Suche nach besseren Lösungen. Es geht um, wie es Ludwig Erhard formuliert hat, „Wohlstand für Alle“.

Dieses Buch soll ein Plädoyer sein für eine wettbewerbliche Marktwirtschaft. Sie sorgt nicht nur für Effizienz und Wohlstand, sondern ist auch eine Ordnung der Freiheit. Eine Wettbewerbsordnung entsteht nicht spontan, sondern erfordert Regeln, Schutz und staatliches Handeln. Sie hat nichts mit dem Zerrbild des Neoliberalismus zu tun, das in Unkenntnis oder bewusster Missachtung der historischen

Konzeption als Kampfbegriff der Kapitalismuskritik verwendet wird. Der neue Liberalismus war eine Antwort auf die Fehler des klassischen Liberalismus während der Industrialisierung, die fehlende staatliche Sicherung des Wettbewerbs in der Kaiserzeit und ein Neuanfang im Angesicht der kollektiven Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Wettbewerb bedeutet nicht Laissez-Faire, nicht das Recht des Stärkeren und auch nicht libertäre Staatsfeindlichkeit. Ein Plädoyer für Wettbewerb vielmehr ein Ruf danach, diese unvergleichliche Wohlstands- und Innovationsmaschine zu nutzen und zu gestalten. Sie ist unverzichtbar für Fortschritt in einer Welt, die trotz aller eindrucksvollen Verbesserungen immer wieder von Knappheiten und ungelösten Problemen gekennzeichnet ist. Ohne Wettbewerb in einer wohl verstandenen Ordnung fehlt eine entscheidende Kraft des Fortschritts.

Der Wettbewerb und damit verbundene marktwirtschaftliche Politikansätze müssen immer wieder neu rechtfertigt werden. Grundlegende Kapitalismuskritik ist weit verbreitet – sowohl in Bezug auf konkrete Fragen der Politikgestaltung als auch in grundlegenden Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Auch wenn die Soziale Marktwirtschaft eine große Zustimmung in Deutschland erfährt und Grundlage für das hohe Wohlstandsniveau ist, werden wirtschaftspolitische Ansätze, die Marktkoordination und Wettbewerb in den Mittelpunkt stellen, geradezu reflexartig als „neoliberal“ gebrandmarkt. Dabei wird der Eindruck vermittelt „neoliberal“ sei eine Politik, die Märkten immer und überall Vorrang vor staatlichem Handeln einräumt, die minimale und im Zweifel dysfunktionale staatliche Strukturen präferiert, einzig zum Nutzen von vermögenden Unternehmern oder Spitzenverdienern der Finanzbranche wirkt und von Sozial- und Umweltstandards nichts wissen will. Die Einordnung ist jedoch grundfalsch.

Ein zentraler Startpunkt der Suche nach einem neuen Liberalismus als Leitbild einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung war das Colloque Walter Lippmann im Jahr 1938. Die krisenhaften Entwicklungen der Zwischenkriegszeit sowie die totalitären Erfahrungen des Faschismus und des Kommunismus sowie die Schwächen klassisch liberaler Konzeptionen verlangten nach neuen Antworten. Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit und die Schwäche der Demokratien erforderten neue Antworten, um Freiheitsrechte bewahren zu können. Die Diktaturerfahrungen aus Deutschland und der Sowjetunion waren reale Bedrohungen für gesellschaftliche Liberalität und wirtschaftliche Autonomie dezentraler Entscheider. Es ging um nicht mehr als die Verteidigung individueller Freiheit, die eine Neuerfindung des Liberalismus erforderte. Gleichzeitig wurde der traditionelle Liberalismus als erneuerungsbedürftig angesehen. Er wurde mitverantwortlich gemacht für die schweren Wirtschaftskrisen, soziale Verwertungen und Vermachtungstendenzen. Dies wird beispielhaft an folgender Überlegung deutlich: Wenn Vertragsfreiheit absolut gesetzt wird, sind auch Verträge zulasten Dritter möglich. Dies gilt dann auch für Kartelle, mit denen der Wettbewerb zu Lasten der Kunden eingeschränkt wird. 1897 urteilte das Reichsgericht als oberstes Gericht im Kaiserreich, dass Kartellverträge nicht nur zulässig, sondern auch gerichtlich einklagbar sind. Die daraus resultierende Kartellbildung und Machtausweitung wurde von den Neoliberalen als Beschränkung von Freiheit angesehen, die es zu verhindern gilt. Falsch verstandene Vertragsfreiheit kann freiheitsbeschränkende Wirkung haben. Dies ist einer der wegweisenden Unterschiede zwischen dem klassischen Liberalismus und den neoliberalen Überlegungen. Der neue Liberalismus propagierte nicht einen Minimalstaat und unbeschränkte Handlungsfreiheit, sondern klare Be-

schränkungen zur Freiheitssicherung. Ein funktionsfähiger Staat solle den Wettbewerb sichern, den notwendigen sozialen Ausgleich bereitstellen und dort eingreifen, wo dezentrale Marktprozesse nicht funktionieren. Dem Staat wurde die Aufgabe zugeschrieben, den notwendigen Ordnungsrahmen (daher auch der Begriff des Ordoliberalismus in Deutschland) festzulegen und durchzusetzen, nicht aber in die alltäglichen Prozesse einzugreifen.

Spätere Strömungen, vor allem in den USA, haben eine strikte Deregulierung deutlicher in den Vordergrund gestellt. Die neoliberale Konzeption hat jedoch in ihrer deutschen Ausprägung nichts zu tun mit den Zerrbildern, die von Kapitalismuskritikern gezeichnet werden. Weder sieht sie das Recht des Stärkeren vor, noch ignoriert sie Probleme von Machtkonzentration, Ungleichheit oder Armut. Sie misst Preisniveaustabilität eine hohe Bedeutung zu, nicht zuletzt, weil hohe Inflationsraten die Spareinlagen der weniger wohlhabenden Bevölkerungsteile angreifen. Sie sieht freie Preise und Wettbewerb als besten Weg für effiziente und ressourcensparende Ergebnisse und als Instrument der Machteindämmung. Sie weist dem Staat klare Aufgaben zu, beispielsweise wenn es um Verteilungsziele oder um externe Effekte geht – ist also keineswegs blind für die umweltpolitischen Herausforderungen. Und sie sieht die Zusammenhänge zwischen einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Neo- oder ordoliberalen Überlegungen sind nicht nur auf die Gestaltung der Wirtschaft gerichtet, sondern waren Grundlage des Neubeginns in einem freiheitlichen und rechtstaatlichen Deutschland nach der Katastrophe der nationalsozialistischen Diktatur.

Proteste gegen globalen Wettbewerb

Besonders auffallend war die Ablehnung von Markt und Wettbewerb in den Globalisierungsbewegungen, die vielfach antikapitalistische Züge angenommen hat. Warum ist Protest gegen die Globalisierung zugleich ein Kampf gegen Wettbewerb? Weil Globalisierung im Kern eine Intensivierung des internationalen Wettbewerbs und eine Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung darstellt. Die Integration der ehemaligen Planwirtschaften in die internationalen Märkte, die Senkung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen sowie die geringeren Kommunikationskosten haben seit den neunziger Jahren zu einem Mehr an Austausch und Handel zwischen Firmen in unterschiedlichen Ländern geführt. China hat seine Märkte geöffnet und damit ganz neue Produktions- und Absatzmöglichkeiten geschaffen. Auch die anderen BRICS-Staaten (neben China, Brasilien, Russland, Indien und Südafrika) erlebten Aufschwungjahre. Unternehmen haben international investiert und die besonderen Chancen, die sich in den unterschiedlichen Ländern ergeben haben, für eine Neuaufstellung der Produktionsprozesse genutzt. Die Entwicklung innerhalb der EU war eine Globalisierung im Kleinen – und zwar eine besonders intensive. Mit der Vollendung des Binnenmarktes wurden Handelshemmnisse abgebaut, für alle Unternehmen gelten die gleichen Regeln. Die Länder Mittel- und Osteuropas wurde Teil dieses Wirtschaftsraums. Durch die neuen Möglichkeiten konnte die industrielle Produktion neu aufgebaut werden. Davon profitieren sowohl die aufholenden als auch die etablierten Länder: In Mittel- und Osteuropa entstanden wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und gute Einkommen, die Unternehmen der etablierten Länder konnten ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Damit wurden auf der einen Seite Unternehmen

und Beschäftigung auch in den teureren Standorten gestärkt, auf der anderen Seite profitierten Kunden im In- und Ausland von günstigeren Preisen. Ähnlich wirkt die Intensivierung des Wettbewerbs auch im internationalen Vergleich. Natürlich gibt es durch die Globalisierung nicht nur Gewinner. Natürlich gibt es Arbeitsplätze und Produktionsstrukturen, die durch den zusätzlichen Wettbewerb nicht am alten Standort gehalten werden konnten. Wenn sich dies in bestimmten Regionen oder bei bestimmten Branchen und Qualifikationen konzentrierte, konnten die Verluste auch nicht immer durch Zuwächse an gleicher Stelle ersetzt werden. Neuqualifikation, Ansiedlung von Unternehmen und sozialer Ausgleich waren und sind dann notwendige Aufgaben des Staates – die in dem einen Land besser, in dem anderen schlechter erfüllt wurde. Die auf der neoliberalen oder ordo-liberalen Tradition aufbauenden Sozialen Marktwirtschaft hat den Strukturwandel unter dem Strich gut bewältigt.

Bei den Protesten gegen Globalisierung und Handelsliberalisierung ging es aber nicht um die Frage, wie der Strukturwandel besser bewältigt werden kann, der von dem Zusammenwachsen der Welt und der damit verbundenen Steigerung des Wettbewerbs forciert wird. Bereits die Proteste gegen die WTO-Verhandlungen Ende der neunziger Jahre waren von grundlegender Ablehnung der internationalen Handelsbeziehungen geprägt. Großkonzerne, die weltweite Wertschöpfungsketten symbolisieren, sind beliebte Projektionsflächen. Große Marken sind bekannt und zugleich vermeintlich verletzbare Angriffsziele. Da die breite Öffentlichkeit die zahlreichen Zulieferer nicht kennen kann, die zur Produktion von Konsumgütern notwendig sind, stehen die Konzernmarken am Pranger. Sie sind das Gesicht zum Kunden – sowohl im Geschäft mit Produkten für die Allgemeinheit als auch bei der politischen Auseinandersetzung.

Während aber die großen Konzerne primär als Symbol oder Ziel medialer Kritik bis hin zu Boykottkampagnen ausgewählt werden, sind die globalen politischen Institutionen, die die weltweite Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen ermöglichen und gemeinsame Politiken entwickeln oder konkrete Regeln setzen sollen, Ziel massiver politischer Proteste. Dazu gehören die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation sowie die Treffen der Staatschefs der größten Volkswirtschaften (G8 bzw. G7 und G20).

Die Ausschreitungen in Seattle 1999 anlässlich der geplanten Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisationen waren ein erster und gewalttätiger Höhepunkt der Proteste gegen die Globalisierung. Immer wieder kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, so auch in Genua beim G8-Gipfel 2001. Seit dieser Zeit werden große, politische Zusammenkünfte wie G8 oder G20-Gipfel von massiven antikapitalistischen Protesten begleitet. Letzter „Höhepunkt“ in Deutschland war der G20-Gipfel von 2017 in Hamburg. Der Antiglobalisierungs-Protest kritisiert, wenn man die grundsätzlich antikapitalistischen Strömungen einmal beiseite nimmt, die internationale Arbeitsteilung, den ungestörten Austausch zwischen den Volkswirtschaften, fehlende Regulierungen und die Arbeits- und Umweltbedingungen in weniger fortschrittlichen und weniger wohlhabenden Weltregionen. Die unterschiedliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation unterschiedlicher Länder führt zu spezifischen Vorteilen, die in international vernetzten Wertschöpfungsketten kombiniert werden. In ärmeren und technologisch weniger entwickelten Ländern liegt der Vorteil in niedrigeren Löhnen. Damit werden Nachteile in Infrastruktur, Rechtsicherheit oder Qualifikation ausgeglichen. Im Ergebnis zahlen Unternehmen aus wohlhabenden Industrieländern für Importe aus Schwel-

lenländern weniger, als für eine eigene inländische Produktion notwendig wäre. Auch sind Umwelt- und Sozialstandards typischerweise in Schwellen- und Entwicklungsländern niedriger als in den USA oder der Europäischen Union. Diese Unterschiede werden geringer, wenn der Wohlstand auch in den Ländern steigt, die bisher auf niedrige Kosten setzen mussten. Eine rechtstaatliche politische Führung, Qualifikation der Bevölkerung und Innovationspotenziale sind jedoch notwendig, um im Wettbewerb der Standorte bestehen zu können und dennoch weniger auf Kostenvorteile angewiesen zu sein. Die niedrigen Löhne und die für westliche Augen schlechte Arbeits- und Sozialbedingungen sind ein Angriffspunkt der Anti-globalisierungs-Bewegung. Oberflächlich betrachtet, wirkt es ja auch wie Ausbeutung: Die Menschen in den reichen Ländern profitieren von den niedrigen Löhnen der Schwellenländer. Der ärmere Teil der Weltbevölkerung muss für den reicheren Teil unter unzumutbaren Bedingungen schuften. Muss sich kein Protest gegen einen internationalen Wettbewerb regen, der solch ein Ergebnis hervorruft? Ein Ende des internationalen Wettbewerbs und der internationalen Arbeitsteilung, mit der solche Kooperationen verhindert werden sollten, würde die Chancen der nachholenden Länder verringern, den Wohlstand der Menschen und die Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards schrittweise zu erhöhen. Aber diese Entwicklung braucht Zeit. Widerstand gegen Globalisierung und internationalen Wettbewerb ist damit Protest gegen die Langsamkeit der internationalen Entwicklung – mit dem Risiko, diese noch weiter zu verlangsamen.

Andere Widerstände gegen internationalen Wettbewerb sind aus nationalen Egoismen motiviert. Der Protektionismus eines US-Präsidenten Donald Trump war hierfür ein gutes Beispiel. Internationaler Wettbewerb bedroht auch immer bestimmte Formen der wirtschaftlichen Betätigung

im Inland. Trump hatte Deutschland vorgeworfen, zu viele Autos in den USA zu verkaufen; Mexiko würde Industriearbeitsplätze wegnehmen und China mit seinen Exporten die USA um wertvolle Arbeitsplätze betrügen. Dabei bedeutet die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit aufholender Länder, dass diese in Kosten und Qualifikationen ein gutes und besser werdendes Angebot machen. Wenn der Wohlstand der nachholenden Weltregionen steigen soll, dann ist dies unumgänglich. Damit werden Tätigkeiten in etablierten Ländern infrage gestellt. Für viele Menschen ist der Wettbewerb der Globalisierung eine Bedrohung der persönlichen Wohlstandsgrundlagen: Wer seinen Arbeitsplatz verliert, weil das eigene Unternehmen im Wettbewerb mit internationalen Konkurrenten nicht mehr bestehen kann, sieht darin nichts Gutes. Das gilt insbesondere dann, wenn die allgemeine Arbeitsplatzsituation keine neue Perspektive bietet und die Qualifikation einen Wechsel in wachsende Bereiche schwer macht. Der globale Wettbewerb stellt klare Aufgaben an Unternehmen und Politik: Insbesondere sind Innovationen notwendig, um Beschäftigung zu sichern und damit einen weiter steigenden Wohlstand zu ermöglichen. Die Industrie in Deutschland war vor 50 Jahren völlig anders strukturiert als heute. Viele Produktionsformen sind in andere Länder abgewandert oder technologisch völlig obsolet geworden. Wohlstand schafft man nicht, in dem man sich gegen Wettbewerb abschottet. Umgekehrt ist der Protektionismus gegen internationalen Wettbewerb eine fundamentale Gefahr für den Wohlstand in etablierten und aufholenden Ländern.

Auch die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 und 2009 hat die Ressentiments gegen eine global vernetzte Wettbewerbswirtschaft noch einmal gestärkt. Die weltweite Wirtschaftskrise nahm seinen Ursprung innerhalb der

Finanzmärkte. US-amerikanische Immobilienkredite, die in Pakete zusammengestellt an institutionelle Investoren verkauft wurden, hatten sich als viel weniger werthaltig als erwartet erwiesen. Die Mischung aus schlechten und guten Krediten reichte nicht mehr aus, um den Wert der gehandelten „Pakete“ zu rechtfertigen. Mit der Entwertung gerieten Investoren – insbesondere Banken – in Schieflage, notleidende Kredite wurden gekündigt und Häuser gepfändet. Der massive Wertverlust der direkt betroffenen Anlagen verursachte einen Verkaufsdruck für diese und andere Wertpapiere, was die Kurse weiter nach unten drückte. Unsicherheit über die Stabilität von Finanzmarktakteuren schränkte die Kreditvergabe ein. Zwischen Banken kam zwischenzeitlich die Kreditvergabe fast vollständig zum Erliegen. Die Rettung von Banken und anderen Finanzmarktakteuren durch staatliche Finanzierung war notwendig, um weitere destabilisierende Dominoeffekte zu vermeiden. Auf der anderen Seite bedeutet eine implizite Garantie für große Geldhäuser, dass die Kosten von risikoreichen Geschäften im Zweifel vom Steuerzahler finanziert werden. Die kurzfristige Sicherheit durch Rettungsaktionen birgt damit die Gefahr langfristiger Instabilität. Um dies zu verhindern, wurden Regulierungsfehler adressiert und beispielsweise höhere Eigenkapitalforderungen an die Banken gestellt. Die Krise hatte nicht nur fundamentale Wirkungen auf den Finanzmarkt und den amerikanischen Immobiliensektor, sondern brachte auch eine schwere Rezession mit sich. Große Unternehmen wurden staatlich gerettet, aber eine schwere Wirtschaftskrise folgte – mit sinkender Produktion, steigender Arbeitslosigkeit und hoher Staatsverschuldung. Die daraus in einigen Ländern resultierende Staatsschuldenkrise war eine langanhaltende und politische brisante Folge der Finanzmarktkrise und der notwendig gewordenen Ausgaben zur Krisenbekämpfung.

Breite Teile der Bevölkerung war von den Krisenfolgen betroffen. Zwar waren Spareinlagen in Deutschland geschützt, dennoch gab es erhebliche Vermögensverluste, wenn in bestimmte Anlagen investiert wurde. Auch dort, wo Arbeitsplätze nicht verloren gegangen sind, war die geschrumpfte Wirtschaftsleistung mit niedrigeren Einkommen verbunden. Die gestiegene Staatsverschuldung stand zudem einer steuerlichen Entlastung entgegen – auch dies ein Kollateralschaden der Krise. All diese Kosten und Belastungen trafen die Menschen unverschuldet. Weder waren sie verantwortlich für die Vergabe von amerikanischen Immobilienkrediten an eine Vielzahl von Haushalten, die sich diese nicht leisten konnten, noch haben sie mit minderwertigen Verbriefungen dieser Kredite gehandelt. Fehlregulierungen der Finanzmärkte sind aufgrund der hohen Komplexität der Materie ohne entsprechende Expertise kaum zu erkennen. Verbraucher konnten sich also nicht auf die drohenden Risiken einstellen. Selbst professionelle Anleger in Kommunen oder Banken haben die Instrumente nicht ausreichend verstanden, um die bestehenden Risiken angemessen einschätzen zu können. Bei komplexen und undurchschaubaren Krisenursachen ist der Wunsch nach durchgreifenden und vermeintlich einfachen Lösungen groß. Die internationalen Finanzmarktakteure und die angeblich fehlende Regulierung der Finanzmärkte waren daher naheliegende Adressaten der Kritik.

Anonyme Investoren und internationale Fonds gelten als Sinnbild eines unregulierten Finanzkapitalismus. Gegen diese und die internationalen Organisationen, die weltwirtschaftliche Aufgaben erfüllen, richtet sich der Protest. Seien es die Tagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, die Treffen Regierungschefs der sieben oder 20

wichtigsten Volkswirtschaften (G7 oder G20) oder die Welthandelsorganisation. Die Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank war im März 2015 Anlass für gewalttätige Proteste. Internationale Investoren erscheinen als verantwortungslose Einrichtungen, denen es ausschließlich auf maximalen kurzfristigen Gewinn geht – egal auf wessen Kosten. Die internationalen Organisationen erscheinen als willfährige Gehilfen dieser unmoralischen Akteure. Die Finanzmarktkrise hat diese Kritik verschärft, ist aber nicht die eigentliche Ursache. Auch außerhalb von spezifischen Krisen wird internationalen Investoren eine destruktive Rolle zugeschrieben. Und natürlich gibt es Erfahrungen, in denen der Einstieg eines internationalen Investors mit dem Abzug von Technologie verbunden war, mit fehlendem Commitment oder Werksschließungen, um eigene Werke vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen. Besonders unbeliebt und zuweilen als „Heuschrecken“ tituiert sind solche Fonds, die Unternehmen aufkaufen, umzustrukturieren oder zerschlagen, teilweise schließen und die verbleibenden Teile nach kurzer Zeit mit hohen Gewinnspannen verkaufen. Damit erfüllen sie oftmals eine wichtige Funktion. Wenn Unternehmen in einer schlechten bis aussichtslosen wirtschaftlichen Verfassung sind und über kurz oder lang die Insolvenz droht, kann der Einstieg eines Investors die letzte Rettung sein. Dieser ist an keine impliziten Verpflichtungen oder unternehmerische Tradition gebunden, sondern kann die harten Schritte vornehmen, zu denen das vorherige Management nicht in der Lage war. Gleichermäßen müsste auch ein Insolvenzverwalter vorgehen, wenn das Unternehmen ohne die Hilfe von Investoren scheitert. Für die Mitarbeiter und Zulieferer aus den geschlossenen Unternehmensteilen ist dies die schlimmstmögliche Entwicklung. Für die anderen ergeben sich aber